Heute „Technische Rundschau“ | Morgen-Ausgabe | Mit „Technische Rundschau“ 20 Pfg.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel“, „Moderne Welt“ mit „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Sportspiegel“, „Uhu“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“, „Lerne Woche Musik“. Bezugspreis: wöchentl. 1,25, monatl. 5,50 RM einschl. Zustellung durch die Postanstalten, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 RM monatl. exkl. Zustellung. Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten nur durch Kreuzband. Postscheckkonto: Berlin 118 00. Postscheckamt Berlin NW. 7. Telegramm-Adresse: Tageblatt Berlin. Fernsprecher: Sammel-Nummer: Dönhoff 2506–2507. Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Zeile 1,50 RM. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 62; Schönhauser Allee 144; Meinekestr. 27; Kurfürsten-Ecke Joachimsthaler Straße 3; Turmstraße 67; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1–6; Greifswalder Straße 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Bülowstr. 41; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 9; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Hakenfelde: Grunewaldstr. 7; Hermann-Ehlers-Platz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Münchenstr. 34.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 554 Ausgabe für Berlin

55. Jahrgang Mittwoch, 24. November 1926

Die Außenpolitik vor dem Reichstag.

Außenminister Dr. Stresemann über die Thoiry-Politik. — Wehrminister Dr. Geßler über Reichswehr und Wehrverbände.

Die Reden.

Von

Dr. Ernst Feder.

Ein großer Tag? Zwar die Tribünen sind ziemlich gefüllt, aber die Regierungsbank ist leer, und auch der Saal füllt sich nur langsam, als Reichstagspräsident Löbe pünktlich um 3 Uhr die Sitzung eröffnet. Von den Ministern erscheint als erster Stresemann, der eine längere Unterredung mit Hermann Müller über die Rednerliste hat. Bald darauf erscheint auch Geßler und nimmt neben Stresemann Platz. Später kommen einzeln Külz, Bell und Brauns. Der Außenminister hat, wie man gleich erfährt, endgültig darauf verzichtet, die außenpolitische Debatte mit einer großen Rede zu eröffnen. Auch die Sozialdemokraten machen von ihrem Recht, als stärkste Fraktion den ersten Redner zu stellen, keinen Gebrauch. Emminger von der Bayerischen Volkspartei, der frühere Reichsjustizminister, verliest eine kurze Erklärung der Regierungsparteien, die bei der Unruhe des Hauses nur teilweise verständlich ist und die in gemessenen Worten der Außenpolitik der Reichsregierung zustimmt. Die Erklärung wird mit vollkommener Ruhe aufgenommen und weckt nur einmal ein lebhaftes Echo im ganzen Hause, als sie des deutschen Abstimmungssieges in Oberschlesien gedenkt.

Dann erhält als deutschnationaler Redner Professor Hoetzsch das Wort. Erst hieß es, Graf Westarp werde sprechen. Jetzt weiß man, daß die mildere Tonart sich vernehmbar machen wird. Eine sanfte, eine höfliche Oppositionsrede. Gedämpfter Trommelklang. Einmal ein leichtes Geplänkel mit den Sozialdemokraten Hermann Müller und Wels über das Ergebnis der Luxemburger Konferenz. Sonst kaum eine Unterbrechung von den Gegnern, kaum ein ermunterndes Bravo von den Freunden. Staatssekretär v. Schubert, der sich neben den Redner gesetzt hat, macht eifrig Notizen. Hoetzsch lacht, daß der Botschafter Maltzan am Waffenstillstandstag die Flagge gehißt hat, wendet sich gegen die Phantasten von Thoiry, von denen sich keine erfüllt habe, gegen die Militärkontrolle und tastet auch das weitere Gebiet der Außenpolitik ab. Er erkennt die große Idee der deutsch-französischen Verständigung an, der man sich jetzt auch auf der französischen Rechten nicht mehr ganz verschließt. Die Rede dauert eine knappe Stunde. Interessant sind nur die letzten Sätze: Die Deutschnationalen erkennen das Vertragswerk von Locarno und Genf als völkerrechtlich bindend an, und „wenn wir aus der nationalen Opposition in die Regierung übergehen sollten ...“, eine ziemlich unvermittelte und nicht gerade eindrucksvolle Koalitionsofferte.

An der Rednertafel war der Name des Deutschnationalen Freytag-Loringhoven aufgezogen. Er sollte eine Erklärung zur Kriegsschuldfrage abgeben. Aber Löbe erteilt sogleich dem Außenminister das Wort. Stresemann spricht frei und flicht nur hin und wieder formulierte Erklärungen ein. Die Frische, die sonst gerade seine improvisierten Reden auszeichnet, fehlt der heutigen. Er spricht ziemlich matt, ohne Steigerung, ohne rechte Resonanz und ohne rechten Schluß. Zunächst hält er sich an die Disposition des deutschnationalen Redners, dem er sehr höflich erwidert. Zur Thoiry-Politik begnügt er sich mit einigen allgemeinen Bemerkungen, Variationen des Themas: „Gut Ding will Weile haben.“ Interessant ist die erneute Feststellung, daß die Einbeziehung der Ostfragen in die Thoiry-Politik von amtlichen französischen Stellen als absurd bezeichnet worden ist. Dann eine nicht immer glückliche Verteidigung des Botschafters Maltzan, die von höhnischen Zurufen und Gelächter der Deutschnationalen unterbrochen wird. Schließlich genau formulierte Erklärungen zur Militärkontrolle, für deren Beendigung alle sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, und zur Frage der nationalen Verbände, die Stresemann energisch abschüttelt. Noch ein erfreulich scharfes Wort gegen jede Verbindung zwischen der Reichswehr und den Wehrverbänden. Angehörige der Reichswehr, die sich mit der Ausbildung von Mitgliedern der Wehrverbände befassen oder sonst zu diesen unerlaubte Beziehungen unterhalten, werden unnachsichtig zur Verantwortung gezogen werden. Noch ein paar Bemerkungen — für die allgemeine Abrüstung, gegen die Rheinlandbesetzung, die als trennende Schranke zwischen Frankreich und Deutschland steht — und der Außenminister nimmt wieder Platz.

Dann gibt es eine Ueberraschung. Reichswehrminister Dr. Geßler, der sich während Stresemanns Rede gemeldet hat, erhält das Wort. Wer freilich glaubte, daß seine Rede neue interessante Erklärungen bringen würde, sah sich getäuscht. Mit ziemlich leiser Stimme, die noch undeutlicher wird, weil die linke Hand fast unausgesetzt das Gesicht beschattet, verliest Dr. Geßler eine kurze Erklärung. Sie enthält nichts Neues. Geßler sagt, daß er jede Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden verboten habe, daß er mit allgemeinen Beschuldigungen nichts anfangen könne, daß er gegen jeden konkreten Verstoß einschreite und daß in Mahrauns Denkschrift nicht eine einzige Reichswehrstelle genannt sei. Es handle sich nur um Streitigkeiten zwischen „Vaterländischen“. An anderen interessanten Fragen, die die letzten Tage aufgeworfen haben, geht der Reichswehrminister leider vorbei, so bleibt seine Rede eindruckslos. Lärmende Unterbrechung gibt es nur, als er von der „übertriebenen und verallgemeinernden Hetze“ spricht, und der einzige Heiterkeitserfolg gilt nicht ihm, sondern dem Kommunisten Höllein, der sich in einem Zwischenruf zu dem unfreiwilligen Geständnis bequemt: „Halten Sie uns nicht für noch dümmer als wir sind!“

Nach Geßler erhält der Kommunist Stöcker das Wort, und seine Rede wird von fast allen Abgeordneten als willkommene Verhandlungspause benutzt. Danach vertagt sich das Haus auf heute.

* * *

Der Verlauf der Sitzung.

Am Regierungstische: Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Külz, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die auswärtige Politik. Verbunden werden damit die deutschnationale Interpellation über die Flaggenhissung in Washington, der völkische Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge und der Antrag aller bürgerlichen Parteien zur Kriegsschuldfrage.

Die Stellungnahme der Regierungsparteien.

Als erster Redner gibt Abg. **Emminger** (Bayer. Vp.) eine gemeinsame Erklärung der Regierungsparteien ab:

Ich habe im Namen der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei folgende Erklärung abzugeben: Die von den Regierungsparteien unterstützte Außenpolitik erstrebt als oberstes Ziel die Befreiung Deutschlands. Einen bedeutsamen Bestandteil dieser Politik bildete zuletzt der im September dieses Jahres erfolgte **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.** Er hat sich nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten unter Bedingungen vollzogen, die den wesentlichen Forderungen Deutschlands bezüglich seiner völkerbundlichen Rechte und Pflichten entsprachen. Vor allem durch die Wahl als ständige Ratsmacht und die in Locarno vorangegangene Anerkennung der besonderen Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen gemäß Artikel 16 des Völkerbundspaktes.

Von diesem Ergebnis nehmen die Regierungsparteien mit Befriedigung Kenntnis. **Wir billigen weiterhin die Haltung, welche die deutsche Völkerbundsdelegation in Genf eingenommen hat** — eine Haltung, die ebenso wohl den Willen Deutschlands zu loyaler und aufbauender Mitarbeit an dem Ziele des Völkerbundes, wie sein unerschütterliches Streben nach Freiheit und Gleichberechtigung in eindrucksvoller Weise vor aller Welt bekundet hat. Bei der entscheidenden Wichtigkeit, welche die Frage der Abrüstung für die Sicherung des Weltfriedens und den Bestand des Völkerbundes hat, wird sich die Mitarbeit Deutschlands in Genf mit besonderer Tatkraft auf die **Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung** als rechtliche und politische Fortführung der Deutschland zunächst einseitig aufgezwungenen Abrüstung zu erstrecken haben.

Der Versuch, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zum Ausgangspunkt einer Aktion zu machen, deren Weiterentwicklung die **Verständigung mit Frankreich** und eine **vollständige und endgültige Befreiung der noch besetzten Gebiete,** wie auch die Wiedervereinigung des deutschen Saargebietes mit dem Mutterland herbeiführen soll, findet unsere uneingeschränkte Zustimmung. Eine eingehende öffentliche Erörterung über die **Verhandlungen von Thoiry und ihre bisherige Fortentwicklung** halten wir im gegenwärtigen Stadium schwierigster diplomatischer und finanzieller Vorerörterungen nicht für zweckdienlich und förderlich. Eines stellen wir jedoch mit Nachdruck fest: **Der Grundgedanke und das politische Prinzip von Thoiry ist dadurch nicht als falsch erwiesen oder auch nur entwertet, daß sich seiner schnellen Verwirklichung zunächst offenkundige Hemmungen entgegengestellt haben.** Die innere Verflochtenheit der in Thoiry erörterten Lösung mit dem Gesamtkomplex der Reparationsfragen und dem Problem der interalliierten Verschuldung ist dabei ebenso zutage getreten, wie der natürliche Anspruch anderer Mächte nach Mitwirkung und Einflußnahme auf die künftige Entwickelung.

Mit nachdrücklichster Zustimmung begleiten wir die Bemühungen des Herrn Außenministers um **baldigste dauernmäßig festzulegende Beendigung der interalliierten Militärkontrolle.** Wir erwarten ferner, daß der Herr Außenminister bei den im Zuge befindlichen und noch folgenden Verhandlungen **keine Ausgestaltung des sogenannten Investigationsrechtes des Völkerbundes annehmen wird,** die über den rechtlichen Rahmen und den klaren Wortlaut des Artikels 213 des Versailler Vertrages hinausgeht. **Insbesondere lehnen wir jeden Versuch, uns widerrechtlich eine unterschiedliche Investigationsform für die entmilitarisierte Rheinlandzone aufzuzwingen, ab.**

Insgesamt werden wir die Reichsregierung auf dem in Genf und Thoiry begonnenen Wege zielbewußt weiter unterstützen. Wir erwarten dabei von ihr tatkräftige Betonung unseres politischen Rechts auf Befreiung der besetzten Gebiete und Ausnutzung der Deutschland auf Grund der Verträge zustehenden Bewegungsfreiheit. Der Kernpunkt der Verhandlungen von Thoiry war von deutscher Seite Verständigung mit Frankreich unter Anpassung der Reparationsleistungen an die zunehmende Verflechtung der Völker auf volkswirtschaftlichem und weltfinanziellem Gebiet. Jedem Versuch, mit diesem weit ausgreifenden und nur bei starkem freiwilligen Entgegenkommen Deutschlands und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit anderen Großmächten lösbaren Problem Fragen zu verbinden, die mit ihm rechtlich und tatsächlich nichts zu tun haben, werden wir uns widersetzen. Sollte ohne Verschulden Deutschlands die abschließende Regelung der in Thoiry verhandelten Fragen sich infolge der großen internationalen Zusammenhänge dieses Fragenkomplexes weiter verzögern, so fordern wir die Reichsregierung auf, im Festhalten an der Linie der bisherigen Außenpolitik jede andere Möglichkeit zur beschleunigten Befreiung der besetzten Gebiete auszunutzen.

Mit Genugtuung und tiefer Befriedigung haben wir von den Ergebnissen der **Gemeindewahlen in Ostoberschlesien** Kenntnis genommen. Trotz schwerster materieller, seelischer und völkischer Bedrängnis ist im Industriebezirk, dem eigentlichen Oberschlesien, eine unbedingte deutsche Mehrheit gewählt worden. So sind in der Hauptstadt Kattowitz 26 613 Stimmen für die rein deutschen Listen, 15 714 für die rein polnischen Listen abgegeben worden, 34 rein deutsche, 19 rein polnische neben 7 gemischtwirtschaftlichen Mandaten zustande gekommen. In Königshütte haben von 32 280 Stimmen die rein deutschen Listen 22 247 und 38 von insgesamt 52 Mandaten, die rein polnischen Listen nur 8744 und 17 Mandate erlangt. Aehnlich sind die Zahlen in allen anderen nennenswerten Industrieorten.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die polnische Regierung aus dieser klaren Willenskundgebung der ostoberschlesischen Deutschen die entsprechenden Folgerungen ziehen und ihnen dieselbe vertragsmäßige Behandlung zuteil werden lassen wird, die Deutschland seinen polnischen Minderheiten trotz ihrer unvergleichlich geringeren Zahl angedeihen läßt. Unseren Volksgenossen aber danken wir für ihr Bekenntnis zum Deutschtum, das auch der Jahrfunk von 1921 nicht hat erschüttern können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Dr. Hoetzsch** (Deutschnat. Vp.): Meine Freunde haben dem Vorschlag zugestimmt, daß die Erklärung des Reichsaußenministers zur Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ im Haushaltsausschuß weiterberaten werde. Ohne auf Einzelheiten der Angelegenheit einzugehen, möchte ich als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses mich nachdrücklich wehren gegen die Anregung des Reichsfinanzministers, zum Ausbau eines Gebäudes in der Wilhelmstraße. Das würde nur neue Unruhe und neue Kosten verursachen, ohne den Dienstbetrieb in irgendeiner Weise zu erleichtern. Warnen muß ich auch davor, daß man glaubt, mit dem bisherigen Abbausystem das Auswärtige Amt als solches abbauen zu können. Bei der außerordentlichen Belastung dieses Amtes gerade mit den wirtschaftlichen Fragen bitte ich die Etatsreferenten der verschiedenen Fraktionen, ihre Aufmerksamkeit zu richten auf den Nachtragsetat für den Völkerbund. Die Entscheidung ist gefallen, jetzt gilt es, für eine möglichst gute Arbeit im Dienste der deutschen Interessen in Genf zu sorgen.

Der neue englische Botschafter hat bei seinem Empfang durch den Herrn Reichspräsidenten davon gesprochen, daß er sein Amt antrete in einem neuen Abschnitt der Geschichte, in welchem man mit Sicherheit guten und versöhnlichen Beziehungen der Völker entgegensehen könne. Das ist dieselbe Feststellung, die auch der englische Ministerpräsident in seiner Guildhall-Rede getroffen hat, daß